

Es könnte alles so einfach sein. Der Wald bei Kelsterbach wird stehengelassen, bleibt der Allgemeinheit zugänglich, die Flugbewegungen werden nicht erhöht, was heißt, das sich Gesundheit und Lebensqualität der Menschen die dort leben (müssen) nicht weiter verschlechtert, der Klimawandel wird nicht noch weiter verschärft, viele Existenzen werden von seinen destruktiven Folgen verschont weil auf die Expansion der klimaschädlichsten Fortbewegungsmethode überhaupt verzichtet wird, es gäbe keinen Konflikt um den Flughafenbau, keine Baumbesetzung, wir wären alle nicht hier.

Oder aber: Es gibt vielleicht einen Konflikt, aber er wird ganz anders ausgetragen, so das gar keine Baumbesetzungen notwendig werden. Zum Beispiel: Nicht eine Behörde in Darmstadt und auch nicht ein Gericht in Kassel entscheiden über die Zumutbarkeit der entstehenden Belastungen, sondern die Menschen die mit den Belastungen leben müssen kommen zu Wort, die Menschen die das Waldgebiet vor ihrer Tür nicht mehr nutzen können weil es zu einer umzäunten Betonwüste wird, die Tag für Tag, Monat für Monat, Jahr für Jahr, mit dem Fluglärm leben müssen, Menschen die von ihm am Tag gestört und in der Nacht geweckt werden, ohne das sie sich ihm in und um ihr Zuhause entziehen können, die Menschen die durch diese Verfolgung mit dem Lärm an ihrer Gesundheit geschädigt werden, vielfach lebensbedrohlich geschädigt werden, diese Menschen dürfen auf einmal mitreden, ja mehr noch: Diese Menschen dürften entscheiden, ob der Lärm, die gesundheitliche Belastung, der Verlust öffentlicher Räume vor ihrer Haustür, ob das alles für sie ganz persönlich zumutbar ist; und weiter noch, auch die Interessen jener, die unter den Folgen der ausgestoßenen Treibhausgase für das globale Klima zu leiden hätten, die durch den verursachten Klimawandel in Armut gezwängt oder zur Flucht gezwungen werden, die vielleicht verhungern oder in Naturkatastrophen den Tod finden, auch die Interessen jener Menschen, überwiegend Menschen aus der 3. Welt, werden einbezogen; und noch weiter gedacht: Bevor unter den Betroffenen eines solchen Projektes keine Einigkeit besteht, werden auch nicht gewaltsam Fakten geschaffen, werden nicht Kilometer von Bauzäunen und Natodraht installiert, wird die Bahn nicht von Menschen errichtet, die die Folgen ihres Handelns vielfach auch nicht gut finden, aber auf ihre schwierige ökonomische Situation verweisen, gibt es keinen Sicherheitsdienst und keine Polizeiarmada die den Bau unter Anwendung von Zwang und Gewalt vor Störern schützt, gibt es keine Justiz die die Störer vor Gericht stellt.

Erst dann, und nicht einen Augenblick früher, gäbe es eine faire gesellschaftliche Diskussion, die diesen Namen auch verdient hat. Dort wo auf der einen Seite nicht mehr mit Kettensäge und Polizeiknüppel Fakten geschaffen werden, dort müssen auf der anderen Seite die Bäume auch nicht besetzt werden, von noch weiterreichenden legitimen Widerständen ganz zu schweigen.

Ich höre schon die Einwände: So wären solche Projekte wie der Flughafenbau gar nicht mehr realisierbar, weil so viele Menschen niemals einer so weitreichenden Verschlechterung ihrer Lebenssituation zustimmen würden. Ja und? Wäre da so schlimm? Ich denke nein.

Wenn solche Großprojekte nicht mehr gewaltsam durchgeknüppelt werden könnten, dann würde nämlich – endlich! - über Notwendigkeiten und Alternativen gesprochen werden. Gibt es sie denn überhaupt? Neulich durfte im ZDF ein Kabarettist sagen, was in diesem Land die beliebtesten 3 Antworten auf politische Fragen sind. Es waren: Arbeitsplätze, Alternativlos und Später. Was das für ein Unsinn ist, liegt wohl auf der Hand.

Es ist wohl eine Binsenweisheit, das die Bahn für Menschen und Güter innerkontinental eine effiziente und klimafreundliche Alternative zum Flugzeug sein könnte. Ist es notwendig, dass die Bahn nur für einige Menschen, die das nötige Geld haben, zugänglich ist? Ist es notwendig, Dinge die genauso gut hier produziert werden können, am anderen Ende der Welt herzustellen weil dort die Kasse stimmt, um dann z.B. Schnittblumen aus Afrika einzufliegen? Ist es notwendig, die Arbeitenden überall auf der Welt so in direkte Konkurrenz zueinander zu setzen? Ist es notwendig, die Menschen die diese Arbeit anderer kontrollieren und steuern binnen Stunden zu jedem Business-Meeting überall auf der Welt schaffen zu können? Ist es notwendig, den Menschen Jahr für Jahr seine Arbeitskraft konstant abzupressen, und ihm wenige Wochen im Jahr davon freizustellen, die er dann, verständlicherweise, für maximale Erholung in möglichst wenig Zeit, möglichst am anderen Ende der Welt nutzen will?

Eins sei hier klargestellt: Die eben genannten Phänomene machen einen ganz erheblichen Teil der stattfindenden Flugbewegungen aus. Der Flugverkehr der dann noch bleibt erfordert keine solche Expansionspolitik und richtet auch wesentlich weniger ökologische, gesundheitliche und soziale Schäden an. Ob das Wenige, was dann noch bliebe und sich nicht auf der Schiene realisieren lässt, zumutbar wäre, kann gerne separat diskutiert werden.

Bleiben wir bei den eben benannten Gründen für Flugbewegungen. Sind sie nun wirklich notwendig? Ja und nein. Betrachtet Mensch ihre Folgen, und legt dann einen irgendwie menschenwürdigen sozial-ethischen Maßstab an, dann lautet die Antwort mit Sicherheit: Nein. Und trotzdem ist der Ausbau und dieses Maß an Flugbewegungen in den *gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen* eine Notwendigkeit. Wir leben in einer Ökonomie, in der das einzige Ziel der Produktion darin besteht, dass die Wenigen die die Produktionsmittel privat besitzen, durch Vernutzung der Arbeitskraft der Vielen die keine Produktionsmittel besitzen, maximale Profitraten erzielen, um möglichst viel Kapital anhäufen zu können. Und in dieser kapitalistisch-bürgerlichen Gesellschaft, die so vollkommen von Verwertung und Ausbeutung strukturiert wird, in der zwangsläufig nur das irgendwie relevant sein kann, was verwertet werden kann, in dieser Gesellschaft ist so vieles eine bittere Notwendigkeit.

Eine bittere Notwendigkeit ist es zum Beispiel, dass an jedem Ort auf der Welt produziert werden kann, um dort, wo am wenigsten Rücksicht auf Mensch und Umwelt genommen werden muss, die maximale Profitrate zu erzielen – und natürlich sind dann die Folgen des Warentransportes erst recht egal.

Eine bittere Notwendigkeit ist es zum Beispiel, dass die Arbeitenden überall auf der Welt in Konkurrenz miteinander gezwungen werden, um sie so erpressen zu können, sich zu den beschissensten Bedingungen an das Kapital zu verkaufen – und natürlich sind dann die Folgen des Warentransportes erst recht egal.

Eine bittere Notwendigkeit ist es zum Beispiel, dass jene, die den Ausbeutungsprozess kontrollieren und steuern überall auf der Welt ihrer Tätigkeit nachgehen können – und natürlich sind dann die Folgen des Warentransportes erst recht egal.

Eine bittere Notwendigkeit ist es schließlich, dass jene die für das Kapital verwertbar sind, möglichst intensiv ausgebeutet werden, in den wenigen hiervon ausgenommenen Wochen nach möglichst intensiver Zerstreuung und Erholung trachten, und es muss in dieser Gesellschaft natürlich so organisiert werden, dass auch hierbei möglichst viele Waren wie z.B. Flugbewegungen konsumiert werden – und natürlich sind dann die Folgen für Mensch und Umwelt egal.

Für das Kapital als Ganzes ist der Flughafenausbau eine notwendiges Infrastrukturprojekt, für den konkreten Kapitalisten, die Fraport AG, ist es der Versuch, ihre Möglichkeiten der Verwertung und Ausbeutung zu erhöhen. Das alles vor dem Hintergrund des ständigen, durch die Konkurrenz vermittelten, Zwangs zu immer mehr Wachstum, obwohl die Belastbarkeit von Klima, Umwelt, und Menschen regional wie auch global endlich ist und längst an ihren Grenzen angekommen ist.

Aus sozialer und ökologischer Perspektive ist der Flughafenausbau, und überhaupt der Flugverkehr, eine der schlechtesten Möglichkeiten um Mobilität zu organisieren. Für die Menschen ist der Ausbau keineswegs alternativlos. Für das Kapital schon.

Wenn der Ausbau für das Kapital alternativlos ist, dann braucht es den Staat, der die Entscheidung über die Zumutbarkeit der Belastung den Betroffenen aus der Hand nimmt und an seine Organe delegiert, der die Baustelle beschützt und Störungen mit Gewalt und Zwang unterbindet, der die Störer vor Gericht stellt, der die Störer auch wegsperren kann, wenn es ihm notwendig erscheint.

Es ist die Justiz die hier, heute, jetzt gerade in diesem Moment die Eigentumsinteressen der Fraport AG verteidigt, das Recht der Fraport AG, öffentlichen Wald in private Betonwüste zu verwandeln schützt, das Recht der Fraport AG, die Wohn- und Rückzugsräume von etwa einer Million und 724.000 Menschen in unterschiedlicher Intensität zu verlärmeln, schützt, das Recht der Fraport AG, ihre Gewinne über Mensch und Umwelt zu stellen, schützt.

Es ist eine Mär, dass die Justiz hierbei alle Menschen gleich behandelt. Mal abgesehen davon, dass ich hier sicherlich anders behandelt worden wäre, wenn jetzt einE AnwältIn neben mir sitzen würde: Ich habe nicht das Recht, da zu tun, was die Fraport AG unter Polizeischutz tut, denn wie so viele andere Menschen auch, verfüge ich nicht über das notwendige Kapital. Dafür gehöre ich wie so viele andere Menschen auch zu jenen, die in der einen oder anderen Weise unter den Folgen des Flughafenausbaus zu leiden haben.

Wenn jemand das Rodungsgelände betritt, um dort Bäume vor ihrer Fällung zu bewahren, dann wird das als Hausfriedensbruch verfolgt. Wenn Menschen ihr Zuhause wegen den Belastungen durch den Flugbetrieb aufgeben müssen, oder wenn ein Vermieter Leute vor die Tür setzt, dann ist das der Gang der Dinge.

Wenn jemand aus einem vollen Supermarktregal etwas nimmt ohne zu bezahlen, dann ist das Diebstahl.

Wenn die Fraport AG 250ha Wald einzäunen lässt, dann ist das für das Allgemeinwohl unerlässlich, wenn

jemand Profit macht, weil er die Arbeitskraft anderer ausbeutet, dann schafft er Arbeitsplätze.

Wenn jemand vor den Folgen des Klimawandels, den auch die Fraport AG mitzuverantworten hat, hierher flieht, dann ist er ein Illegaler. Wenn er am Frankfurter Flughafen eingesperrt wird, oder vom Frankfurter Flughafen zurück in das Elend abgeschoben wird, dann ist das ein hoheitlicher Akt.

Wenn jemand einen anderen totschießt weil er arm ist und etwas zu essen braucht, dann hat er gute Chancen lebenslanglich wegen Mord aus niederen Beweggründen weggesperrt zu werden. Wenn im Flughafenumland Menschen an Krankheiten sterben die es statistisch gesehen ohne den Flugbetrieb durch die Fraport AG nicht geben würde, wenn in Afghanistan über 100 Zivilisten im Bombenhagel sterben, dann werden weder gegen die Fraport AG noch gegen Oberst Klein Strafverfahren eröffnet.

Das alles liegt nicht so sehr an einer falschen Anwendung der Gesetze, sondern in der Natur des Rechts selbst begründet. Justiz ist zwangsläufig Klassenjustiz. Keineswegs in dem Sinne, dass Angehörige der herrschenden Klasse nie angeklagt und immer freigesprochen und Angehörige der beherrschten Klasse immer angeklagt und nie freigesprochen werden (wobei sich aber eine Tendenz in diese Richtung nicht leugnen lässt). Justiz ist Klassenjustiz in dem Sinne, dass sie den Rahmen schützt, in welchem sich kapitalistische Konkurrenz, Ausbeutung und Verwertung abspielen. Das klingt vielleicht anachronistisch, wo es doch immer wieder heißt, wir hätten die Klassengesellschaft gegen den sozialen Frieden getauscht. Aber natürlich gibt es auch heute noch Menschen, die über Produktionsmittel verfügen und andere für sich arbeiten lassen, und Menschen die über keine Produktionsmittel verfügen und ihre Arbeitskraft an andere verkaufen müssen um zu überleben. Und natürlich muss sozialer Frieden in diesen Verhältnissen eine Illusion bleiben, die alltäglichen Vorgänge in diesem Haus dürften es zur Genüge beweisen.

Natürlich ist eine Gesellschaft gewalttätig, in der die Hälfte der Bevölkerung über 1,8% des gesellschaftlichen Reichtums verfügt und von den restlichen 98,2% durch die Androhung oder Anwendung physischer Gewalt, durch Polizei, Justiz und Knast ausgeschlossen wird, in der die Menschen sich tagtäglich als Konkurrenten um die ökonomischen Ressourcen begegnen, in der gleichzeitig Menschen auf der Straße leben und Häuser leerstehen, während es längst die Ressourcen gibt, allen Menschen ein materiell gutes Leben zu ermöglichen. Natürlich ist eine Gesellschaft gewalttätig, in der ein Stück Plastik mit der Aufschrift „Pass“ maßgeblich über die Chancen und Möglichkeiten die jemand erhält entscheidet. Natürlich ist eine Gesellschaft gewalttätig, die seit einigen tausend Jahren von der Vorherrschaft der Männer geprägt wird. Natürlich ist eine Gesellschaft gewalttätig, in der die ökologischen Lebensgrundlagen der Menschheit jeden Tag an vielen Orten dem Interesse des Kapitals an unendlichem Wachstum in einer endlichen Welt geopfert werden. Natürlich ist eine Gesellschaft gewalttätig, in der die Möglichkeiten der Einflussnahme auf die ökologische und soziale Umwelt so ungleich verteilt sind, dass die einen die Möglichkeit haben Projekte wie die Landebahn NW zu realisieren, während denen die die negativen Folgen tragen müssen jede Möglichkeit der Mitbestimmung aus der Hand genommen wird.

Die Justiz ist immanenter Bestandteil dieser gewalttätigen Verhältnisse. Notwendigerweise richtet sie sich nicht nur gegen einige ungewollte und besonders gewalttätige und wirklich unschöne zwischenmenschliche Auswüchse die diese Gesellschaftsordnung mit sich bringt, notwendigerweise richtet sie sich auch gegen jene, die die herrschende Gewaltordnung in Frage stellen, sei es in dem sie sich aneignen was ihnen nicht zustehen soll, sei es in dem sie sich der Zerstörung von Mensch und Umwelt in den Weg stellen. Im Guten wie im Schlechten kann die Justiz denen mit den sie sich beschäftigt nicht Herr werden. Denn sie verteidigt jene bürgerliche Gesellschaft, die einerseits diese ungeheure Destruktion hervorbringt die von Kelsterbach bis Moabit ihre blutigen Schneisen schlägt, und andererseits die Möglichkeit ihrer eigenen Aufhebung hin zu einer Gesellschaft von selbstbestimmten Menschen mit gleichem Zugang zu gesellschaftlichen Ressourcen schafft. Und so gelten unverändert auch diese Worte von Karl Marx:

*„Die Waffe der Kritik kann allerdings die Kritik der Waffen nicht ersetzen, die materielle Gewalt muß gestürzt werden durch materielle Gewalt, allein auch die Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift. Die Theorie ist fähig, die Massen zu ergreifen, sobald sie am Menschen demonstriert, und sie demonstriert am Menschen, sobald sie radikal wird. Radikal sein ist die Sache an der Wurzel fassen. Die Wurzel für den Menschen ist aber der Mensch selbst. [...] Die Kritik der Religion endet mit der Lehre, daß der Mensch das höchste Wesen für den Menschen sei, also mit dem kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.“*

Das Aufzeigen des grundlegenden gesellschaftlichen Widerspruchs der zu diesem Strafverfahren geführt hat, soll hier aber nicht die Auseinandersetzung mit dem juristischen Teil ersetzen.